



Psychosoziale Gefährdungsanalyse – Muss das sein?

Die vermeintlich schlechte Nachricht: Jupp, das muss sein. Die gute Nachricht – vor allem an die Dienststellenleitungen und skeptischen Kolleginnen und Kollegen: Es tut überhaupt nicht weh! Im Gegenteil, jeder kann sich davon überzeugen, dass eine psychosoziale Gefährdungsanalyse sehr spannend sein kann. Dazu später mehr.



Jörg Eilers, Kreisgruppenvorsitzender Bremerhaven

Die GdP in Bremerhaven ist primär für zwei Bereiche zuständig, bei denen wir leider enorm hohe Ausfallquoten beklagen. Das Bürger- und Ordnungsamt und die Ortpolizeibehörde. Es gibt keine Analysen, woran unsere Kolleginnen und Kollegen erkranken, aber wir dürfen annehmen, dass es vor allem Muskel- und Skeletterkrankungen und zunehmend psychische Erkrankungen sind, die die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen. Selbst die hartgesot-

tensten Schulmediziner bestreiten übrigens nicht mehr den psychosomatischen Zusammenhang einer Vielzahl von Erkrankungen.

Technisch sind wir inzwischen vor allem bei den Büroarbeitsplätzen relativ gut ausgestattet. Trotzdem haben wir hohe Ausfallquoten. Es deutet daher vieles darauf hin, dass ein großer Anteil der Erkrankungen weniger durch falsche ergonomische Ausstattungen der Arbeitsplätze als vielmehr durch psychische Belastungen verursacht werden.

Nun ist der Arbeitgeber nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes verpflichtet, Gefährdungen am Arbeitsplatz zu analysieren. In der geltenden Fassung gehören dazu auch psychische Belastungen.

Um den § 5 des Arbeitsschutzgesetzes richtig interpretieren zu können, muss man wissen, was „psychische Belastungen“ sind und was man unter „Gefährdungen“ verstehen muss. Beginnen wir mit Letzterem.

Das Bundesarbeitsgericht hat Gefährdungen in Abgrenzung zu Gefahren definiert:

„Der Begriff der Gefährdung bezeichnet im Unterschied zur Gefahr die Möglichkeit eines Schadens oder

einer gesundheitlichen Beeinträchtigung ohne bestimmte Anforderungen an ihr Ausmaß oder ihre Eintrittswahrscheinlichkeit.“ (BAG – 12. 8. 2008 9 AZR 11167/06)

Weiterhin heißt es in der Entscheidung:

„§ 5 ArbSchG dient nicht in erster Linie dazu, unmittelbare Gesundheitsgefahren zu verhüten. Durch die Gefährdungsbeurteilung werden vielmehr im Vorfeld Gefährdungen ermittelt, denen gegebenenfalls durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen ist.“

Der Begriff der „psychischen Belastungen“ wird rechtsverbindlich in der ISO 10075 definiert. Danach versteht man unter „psychischer Belastung“ die Gesamtheit aller erfassbaren Einflüsse, die von außen auf den Menschen zukommen und psychisch auf ihn einwirken.“

Nach der ISO müssen psychosoziale Gefährdungsanalysen folgende Merkmale und Inhalte beinhalten:

Merkmalsbereiche	Belastungsfaktoren
Arbeitsinhalt/Arbeitsaufgabe	Vollständigkeit der Aufgabe Handlungsspielraum Abwechslungsreichtum Information/Informationsangebot Verantwortung Qualifikation Emotionale Inanspruchnahme
Arbeitsorganisation	Arbeitszeit Arbeitsablauf (Zeitdruck, Arbeitsintensität, Störungen bzw. Unterbrechungen) Kommunikation/Kooperation
Soziale Beziehungen	zu den Kolleginnen und Kollegen zu den Vorgesetzten
Arbeitsumgebung	Physikalische und chemische Faktoren Psychische Faktoren Arbeitsplatz- und Informationsgestaltung Arbeitsmittel

Das Bundesarbeitsgericht hat sich auch zu den Rechten und Pflichten der Betriebsräte/Personalräte geäußert:

„Aus dem Spielraum, den das Arbeitsschutzrecht einräumt, ergibt sich ein volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte beim Erarbeiten von Gefährdungsbeurteilungen (Bundesarbeitsgericht vom 8. 6. 2004, 1 ABR 13/03 und 04/03) sowie den daraus abzuleitenden Maßnahmen und Wirksamkeitskontrollen.“

Dieses Mitbestimmungsrecht bei der Gefährdungsbeurteilung setzt nicht voraus, dass eine konkrete Gesundheitsgefahr bereits bestimmbar wäre, so das BAG. Betriebsräte müssen auch dann beteiligt werden, wenn

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

keine konkrete Gesundheitsgefährdung feststellbar ist und die vom Arbeitgeber zu treffenden Maßnahmen lediglich mittelbar dem Gesundheitsschutz dienen.

Für das Bundesarbeitsgericht steht fest, dass Betriebsräte/Personalräte mit Arbeitgebern keinen Verzicht auf die Erstellung solcher Beurteilungen vereinbaren können, denn die Pflicht zu ihrer Erstellung sei unabdingbar.

Damit dürfte klar sein, dass wir in beiden Bereichen, beim Bürger- und Ordnungsamt und bei der Ortspolizeibehörde, darauf bestehen müssen, dass psychosoziale Gefährdungsanalysen erstellt werden.

TERMIN

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe 2013, Landesjournal Bremen, ist der **7. Januar 2013**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

Wie wird Analyse erstellt?

Aber wie erstellt man eine psychosoziale Gefährdungsanalyse? Da ständen Dienststellenleitung und Personalrat natürlich wie der Ochs' vorm Berg, wenn es nicht andere Betriebe, Unternehmen und Behörden gäbe, die sich bereits frühzeitig an gesetzliche Vorgaben gehalten und damit erreicht haben, dass entsprechende wissenschaftliche Instrumente entwickelt wurden.

Vor dem Einstieg steht daher die Qual der Wahl der Methode. Im Groben wird unterschieden zwischen

- **Beobachtung/Beobachtungsinterviews**
- **Standardisierte Fragebögen**
- **Moderierte Analyseworkshops.**

Alle Methoden, die man auch miteinander kombinieren kann, haben ihre Vor- und Nachteile.

Es geht immer darum, die zur Verfügung stehenden Ressourcen den Belastungen gegenüberzustellen, aus deren Beziehung die individuelle Beanspruchung resultiert.

Index-Gute-Arbeit nutzen

Die Ortspolizeibehörde ist in dieser Frage weiter als das Bürger- und Ordnungsamt, denn die Mitarbeiterbefragung des Index-Gute-Arbeit, die im nächsten Jahr wiederholt werden soll, baut auf die Analyse der Ressourcen und der Belastungen auf und ergänzt diese berechtigt um Gratifikationsfaktoren, weil Einkommen und Versorgung, inzwischen wissenschaftlich anerkannt, unbestritten als Faktoren psychischer Belastung anerkannt werden.

Bei der letzten Mitarbeiterbefragung hat die Ortspolizeibehörde im Übrigen bei den Gratifikationsmerkmalen extrem schlecht abgeschnitten. Ein Umstand, den sich die Finanzsenatorin als Dokument ihrer Psychotrix vor Augen führen sollte.

Der Index-Gute-Arbeit eignet sich vor allem bei größeren Funktionsgruppen wie im Einsatz- oder Ermittlungsdienst ganz hervorragend als Instrument zur psychosozialen Gefährdungsanalyse, weil er nicht interpretiert werden muss, sondern eine eindeutige Aussage zur Gesundheitsgefährdung liefert.

Was die psychosoziale Belastung bei der Ortspolizeibehörde anbelangt, haben wir einen Anfang gemacht. Beim Bürger- und Ordnungsamt ha-

ben wir bislang darum geworben, sich der Polizei anzuschließen. 2014 werden wir auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bestehen.

Psychosoziale Gefährdungsanalyse klingt komplizierter als es ist. Ihr könnt schon einmal anfangen. Dazu gibt es im Internet ein paar empfehlenswerte Seiten, auf denen ihr sehr leicht eure eigene Tätigkeit überprüfen könnt.

www.copsoq.de
www.impulstest.at

Copsoq und Impulstest setzen den Fokus auf Belastungen und Ressourcen. Wenn ihr etwas darüber erfahren wollt, wie es um eure Arbeitsfähigkeit im Allgemeinen bestellt ist, empfehlen wir euch den WAI-Berechnungsbogen, den ihr unter folgendem Link herunterladen könnt.

<http://www.arbeitsfaehigkeit.uni-wuppertal.de/index.php>

Was soll das bringen?

Last, but not least stellt sich wie immer die Frage: Und was soll das bringen?

Zunächst einmal hat der Arbeitgeber die Pflicht, Gefährdungen zu minimieren und Maßnahmen zur Verbesserung durchführen!

Selbst wenn das einfacher klingt als es ist, sind die Gefährdungsanalysen für uns als Gewerkschaft von elementarer Bedeutung, wenn wir eure Interessen vertreten wollen. Sie stärken uns! Ohne das Ergebnis der Analysen vorwegnehmen zu wollen, haben wir ziemlich klare Vorstellungen, welchen Belastungen unsere Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind, und uns fallen auch sehr schnell Bereiche ein, in denen es an Ressourcen mangelt.

Unser Eindruck ist, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst immer mehr verdichtet wurde. Dass es an Personal mangelt, das noch dazu nicht angemessen bezahlt wird. Wir beklagen Führungsprobleme und glauben, dass die Behördenkultur in einigen Bereichen verbesserungswürdig ist. Aber glauben heißt nicht wissen. Die Gefährdungsanalyse liefert uns zutreffende Daten über Ressourcen und Belastungen, die sich nicht mit den Worten weglächeln lassen: „Wir haben eine andere Wahrnehmung!“

Jörg Eilers,
Kreisgruppenvorsitzender
Bremerhaven



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



JUBILAREHRUNGEN

Aktive für 40 und 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Die GdP hatte zum 7. 11. 2013 alle diesjährigen Jubilare, die noch im aktiven Dienst sind, zu einer gemütlichen Runde zu „Schinken Poppe“ in der Bremer Innenstadt eingeladen.

Die Ehrung wurde vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP, Reiner Wöbken, vorgenommen.

Auf 40 Jahre Mitgliedschaft können zurückblicken:

Detlef Ahlers, Peter Bartels, Günter Brünjes, Helmut Buchholz, Ewald Buschmann, Hein Dobberkau, Fred Gieschen, Horst Göbel, Peter Gockel, Siegfried Gotaut, Michael Häntsche, Ralph Harjes, Werner Karwoth, Heinfried Keithahn, Michael Krüger, Heinz-Georg Kürzel, Heiner Lange, Hartmut Lange, Fred Lemke, Eberhard Leopold, Rudolf Matzner, Ewald Meyer, Wilhelm Müller, Heinz-Dieter Oehlschläger, Rainer Rothkopf, Ralf Schacht, Bodo Stahl, Heiko Wendelken, Hermann Wilhelm und Rainer Windhusen.

25 Jahre Mitglied in der Gewerkschaft sind:

Annegret Bauer, Karlheinz Blumberg, Wilfried Böschen, Frank Fiebig, Simone Henningsen, Bernt Hense, Thomas Herrmann, Jürgen Hillmann, Uwe Hillmann, Sven Hungerland, Heino Kanbach, Ronald Kersling, Bernd-Ingo Koepke, Jens Kranz, Silke Lindner-Hohrenkohl, Nils Matthie-



Ehrung der Jubilare durch Reiner Wöbken, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes

sen, Jürgen Meinen, Frank Meyer, Frank Ölkers, Jens Reimer, Silvie Marie Schade, Peter Schnaars, Sabine Schnackenberg, Henning Schweichler, Jörg Siegert, Rudolf Thalmann, Thilo Trümpler, Michael Werner und Jürgen Wulf.

Wir gratulieren allen Jubilaren und wünschen ihnen für ihre Zukunft vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!

Anne Wohlers

LANDESREDAKTION

Redaktionszeiten 2014

Nachstehend geben wir die Termine für den **Redaktionsschluss 2014** des Landesjournals Bremen bekannt:

Einsendeschluss für Beiträge

im Monat	ist der:
Februar:	7. Januar 2014
März:	4. Februar 2014
April:	4. März 2014
Mai:	8. April 2014
Juni:	6. Mai 2014
Juli:	10. Juni 2014
August:	8. Juli 2014
September:	5. August 2014
Oktober:	9. September 2014
November:	7. Oktober 2014
Dezember:	11. November 2014
Januar 2015:	2. Dezember 2014

Texte bitte als Worddokument mit automatischem Zeilenumbruch.

Artikel mailen an:
Ahlersbande@t-online.de.



Treffen im Januar

Bremerhaven

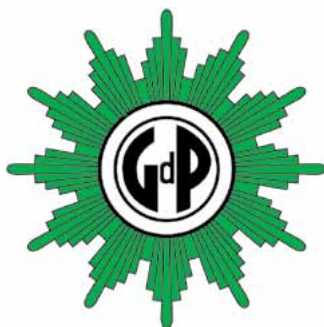
Dienstag, 14. Januar 2014, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhaufen 8

Bremen

Donnerstag, 9. Januar 2014, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Der Vorstand bittet auch für 2014 um eine rege Teilnahme an den Treffen in Bremen und Bremerhaven.

Wolfgang Karzenburg



Tagesseminare Vorbereitung auf den Ruhestand

Was verändert sich für mich, wenn ich in den Ruhestand gehe? Was muss ich beachten, was erledigen? Das sind nur drei von vielen Fragen, die sich zukünftige Pensionäre vor Beginn des Ruhestandes stellen. Doch von wem bekommen sie Antworten? Ganz einfach: von uns, den aktiven Senioren der Gewerkschaft der Polizei. Um die wichtigsten und häufigsten Unklarheiten aus dem Weg zu räumen, bieten wir auch 2014 wieder drei Tagesseminare (zweimal Bremen, einmal Bremerhaven) an. Unser Ziel ist es, euch zu helfen, eventuelle Fehler zu vermeiden.

Termine Bremen:

Dienstag, 8. April 2014, 9.00 – ca. 16.00 Uhr

Dienstag, 2. September 2014, 9.00 – ca. 16.00 Uhr

Die Veranstaltungsorte werden rechtzeitig mitgeteilt!

Termin Bremerhaven:

Der Termin ist für die 2. Jahreshälfte 2014 (September/Oktober)

geplant! Weitere Informationen folgen.

Programm:

- Einführung in das Thema
- Pensionen und ihre Berechnungen
- Beihilfe/Krankenversicherung im Ruhestand
- Pflegeversicherung
- Allgemeine Fragen des täglichen Lebens für Ruheständler z. B. Patienten- u. Betreuungsverfügung, Vorsorgevollmacht
- Beantwortung von Fragen.

Teilnehmen sollten Kolleginnen/Kollegen, die in Kürze in den Ruhestand gehen.

Sonderurlaub kann für dieses Seminar beantragt werden.

Anmeldungen ab sofort für die Seminare in Bremen und Bremerhaven über die GdP-Geschäftsstelle: Telefon (04 21) 9 49 58 53 oder E-Mail: info@gdp-hb.de

Wolfgang Karzenburg,
Vorsitzender FG Senioren

Geplante Veranstaltungen

Busreise

Drei Tage Brüssel vom 16. bis 18. Mai 2014, Abfahrt 8.00 Uhr Bremen-Hauptbahnhof (ZOB). Der Reisepreis beträgt 328 € pro Person (Einzelzimmerzuschlag 70 € pro Person). Im Preis sind folgende Leistungen enthalten:

- Busreise, 2x Übernachtung in Doppelzimmern („Thon Hotel“ Brüssel City-Centre****)
- 2x Frühstücksbüfett
- Stadtrundfahrten
- Fahrten nach Brügge, Gent und Antwerpen mit Grachtenfahrt
- Besuch der Diamantschleiferei in Antwerpen
- 2x Abendessen (3-Gänge-Menü)

Rückkehr gegen 19.00 Uhr Bremen-Hauptbahnhof (ZOB)

Herzlich willkommen: Teilnehmen können auch Kolleginnen/Kollegen mit Partner, die sich noch nicht zu den Senioren zählen.

Anmeldungen/Informationen: Kollege Eckhard Lindhorst, Telefon (04 21) 55 53 98, oder per E-Mail: eckhardlindhorst@web.de

Theatervorstellung in Felde:

Am Freitag, 14. Februar 2014, 14.30 Uhr, mit Kaffee und Kuchen in Schierloh's Gasthaus in 27339 Felde (Riede). **Tortenparadies to'n afnehmen** – ein plattdeutscher Schwank in drei Akten. 14 € pro Person. Anmeldungen/Karten: GdP-Geschäftsstelle, Telefon (04 21) 9 49 58 55.

Willkommen sind auch Kollegen/-innen mit Partner, die noch nicht im Ruhestand sind. Freunde können mitgebracht werden.

Wolfgang Karzenburg

Monatstreffen der Senioren 2014

Bremen

Donnerstags,
15.30 Uhr

9. Januar
13. Februar
13. März
10. April
8. Mai
12. Juni

Juli und August Sommerpause,

11. September
9. Oktober
13. November

Grollander Krug,
Emslandstr. 30

5. Dezember 2014:
Weihnachtsfeier
um 17.00 Uhr

(Ort wird noch bekannt gegeben)

Bremerhaven

Dienstags,
16.00 Uhr

14. Januar
11. Februar
11. März
8. April
13. Mai
10. Juni

9. September,
14. Oktober
11. November
Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhaufen

Wolfgang Karzenburg



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Leiter der Schutzpolizei nimmt Stellung

Rainer Zottmann im Gespräch mit den GdP-Vertrauensleuten der Schutzpolizei

Im Rahmen der Sitzung der Vertrauensleute der Fachgruppe Schutzpolizei begrüßten wir unseren Direktionsleiter Rainer Zottmann, der nach wie vor den persönlichen Dialog mit den Institutionen der Gewerkschaft wünscht.

Zunächst beglückwünschte Rainer Zottmann den neuen Fachgruppenvorstand zu seiner Wahl. Etwas bedauerlich sei, dass sich lediglich nur eine Frau in der Fachgruppe tatsächlich engagiert.

Zu Einzelthemen nahm der Kollege Zottmann wie folgt Stellung:

APE/Fachkarriere

APE ist ein klar definiertes Ziel der Polizei Bremen. APE verzögert sich durch die freiwilligen und gesetzlichen Lebensarbeitszeitverlängerungen. Zum 1. 1. 2014 soll APE durch den Kollegen Roellecke zur zeitnahen Umsetzung weiterentwickelt werden. In naher Zukunft werden viele entsprechende Stellen durch Altersabgänge frei. Einfacher Wechsel in den Ermittlerbereich soll ermöglicht werden.

Ein weiterer Punkt ist die seit Langem bestehende Forderung der Fachgruppe Schutzpolizei nach sog. Einweiserstellen A 11 im Einsatzdienst. Hier will man aber leider erst einmal die Erfahrungen aus dem KDD und dem Lagezentrum abwarten.

Beurteilungen/Beförderungen

Die Berechnungssystematik führt zu Ungerechtigkeiten zuungunsten der Schutzpolizei. Dieses Jahr nur ca. 60 Beförderungen möglich. 35 Hebungen konnten zusätzlich durch Streichung von 3,9 Stellen „erkauft“ werden. Das Thema Unterdeckung ist jetzt deutlicher im Bewusstsein der politisch Verantwortlichen.

Ausstattung

Zum Thema Ausstattung wurde erläutert, dass eine Vergabe von Tasern an den Einsatzdienst nicht effizient sei, da es angeblich zu wenige „passende“ Einsätze gäbe und der Ausbil-

dungsaufwand sehr hoch ist. Die Möglichkeit, den MES zu tragen, soll für den Einsatzdienst erhalten bleiben. Schutzausstattungen für die Alarmhundertschaft der Schutzpolizei sollen im Verbund mit den Einheiten der Bereitschaftspolizei standardisiert und entsprechend beschafft werden.

Überstunden

Hier bleibt letztendlich über, dass die Kolleginnen und Kollegen zurzeit auf ihren Überstunden einfach sitzen

unter dem Gesamtverlust an Stellen bei der Bremer Polizei. Problematisiert wurden in diesem Zusammenhang auch die zumeist zu langen Zeiträume, bis Dauerkranke in irgendeiner Form ersetzt werden.

Sonstiges

Im Verlaufe des Gespräches wurden noch weitere „Brennpunkte“ innerhalb der Schutzpolizei angesprochen. So gab es auch einen Hinweis darauf, dass der ZED innerhalb der Schutzpolizei zu Lückenbüßern ver-



Der Direktionsleiter Schutzpolizei, Rainer Zottmann, ist immer zum Dialog mit der GdP bereit (Bild aus einer früheren Veranstaltung).

bleiben, da weder personelle noch finanzielle Möglichkeiten zum Abbau des Überstundenberges vorhanden sind. Probleme entstehen hier natürlich auch oft bei Wechsel der Kolleginnen und Kollegen aus den Einsatzzügen der BePo in die Schutzpolizei, da hier oftmals exorbitante Überstunden von einer Direktion in die nächste geschoben werden.

Personalfragen

Hier wurde die ewige Diskussion um die 445 des ESD wieder aufgenommen. Alle Dauerdienste sollten überprüft werden, ob der Personalansatz noch der richtige ist. Für den ESD wurde schon festgestellt, dass rein rechnerisch die Zahl 445 noch stimmig ist. Insgesamt leiden diese Neuberechnungen natürlich auch immer

kommt. Dieser Ansatz scheint nicht ganz falsch zu sein, denn es wurde durch den Leiter -S- dargestellt, dass es einen offiziellen Prüfauftrag gibt, der das Aufgabenfeld des ZED beleuchten soll.

Die Neugestaltung der TI-Fenster in den Inspektionen ergibt sich nach Darstellung des Kollegen Zottmann aus den Zahlen des Einsatzaufkommens. Die Inspektionen haben zurückgemeldet, dass die Neugestaltung insgesamt unproblematisch umgesetzt werden kann.

Kurz wurden auch die neuen ST-Teams angesprochen. Insbesondere die Raumproblematik ist der FG Schutzpolizei ein Dorn im Auge. Eine Lösung ist jedoch leider kurzfristig nicht möglich. Es wird angestrebt, die ST Ost in den Räumlichkeiten des PR Hemelingen unterzubringen.

Peter Schnaars



Von Neuwahlen, Gewinn eines Polizeiautos und Dominanz der K 1

Wie lockt man viele Teilnehmer zu einer Mitgliederversammlung? Diese Frage stellte sich auch der Fachgruppenvorsitzende der Kriminalpolizei, Lüder Fasche. Neben seiner regelmäßigen Präsenz in unseren Mailpostfächern versuchte er es mit der Verlosung eines Streifenwagens.

Aber es ist schwer, Kriminalbeamte von ihren Akten wegzulocken. Die meisten GdP-Mitglieder der Kripo hatten sich am letzten Novembermontag um 15.00 Uhr offensichtlich immer noch an ihren Fällen festgebissen. Zumindest lässt die überschaubare Teilnehmerzahl an der Versammlung diesen Schluss zu.

Schade eigentlich, denn einmal im Jahr könnten mehr Interessierte Zeit finden, zumal mit der Kantine des Präsidiums der Veranstaltungsort direkt vor der Bürotür lag. Die Stimmenmehrheit lag eindeutig in der K 1. Besonders unsere KTU ist beispielgebend immer stark vertreten.

Ebenfalls immer dabei ist unser Leiter der Kriminalpolizei/LKA, **Andreas Weber**. In einem kurzen Statement verdeutlichte er, welch hohen Stellenwert die GdP-Arbeit innerhalb der Kripo für ihn habe.

Der Bericht des amtierenden Landesvorsitzenden musste ausfallen,



Dr. Andrea Stoklosinski, strahlende Gewinnerin des von Lüder Fasche überreichten Polizeiautos.

Horst Göbel war anderweitig für die GdP unterwegs.

Dafür stellte sich sein möglicher Nachfolger vor. **Jochen Kopelke**, noch Chef der Jungen Gruppe, kündigte an, auf dem Landesdelegiertentag 2014 für den GdP-Vorsitz kandidieren zu wollen. Er nutzte die Gelegenheit zu einer persönlichen Vorstellungsrunde, ein wenig (legitimer) Eigenwerbung und als Angehöriger des Einsatzdienstes Süd auch

zum Kennenlernen der FG Kriminalpolizei. Spontan von Lüder Fasche zum Wahlleiter der Versammlung erklärt, nutzte Jochen die Gelegenheit, einen ersten guten Eindruck zu hinterlassen. Neben dem Fachgruppenvorstand galt es, 16 Delegierte und vier Ersatzdelegierte für unseren Landesdelegiertentag zu finden. Es ist gelungen!

Fachgruppenvorstand neu gewählt

Einstimmig für die nächsten vier Jahre im Amt:

- Lüder Fasche, K 3 (Vorsitzender)**
- Rolf Oehmke, Personalrat**
- Christine Frister, K 5**
- Bernd Hense, K 11**
- Egbert Degwitz, K 6**
- Lonio Kuzyk, K 12**
- Lutz Jurgschat; S 4**

Blieb am Schluss noch die Verlosung des ferngesteuerten Polizeiautos. Jochen Kopelke als Glücksfee zog bei der Dominanz der K 1 logischerweise einen Namen aus dieser Dienststelle: Dr. Andrea Stoklosinski, unsere DNA-Expertin. Sie freute sich riesig, das Weihnachtsgeschenk für ihren Neffen ist damit erledigt.



Der neu gewählte Fachgruppenvorstand der Kripo (v. l.): Christine Frister, Bernd Hense, Egbert Degwitz, Lüder Fasche (Vorsitzender), Rolf Oehmke und Lonio Kuzyk

Wolfgang Ahlers



FACHGRUPPE STADTAMT

Personalversammlung im Stadtamt

Verbaler Schlagabtausch mit der Amtsleitung

Am 20. 11. 2013 fand im Konsul-Hackfeld-Haus die Personalversammlung des Personalrates statt.

Von den 450 Beschäftigten im Amt nahmen 320 an der Veranstaltung teil, so viel wie nie zuvor. Dass im Stadtamt so manches nicht rund läuft, konnte man bereits der Presse entnehmen. Die prekäre Situation hat sicher viele Kolleginnen und Kollegen mobilisiert. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einen kleinen Exkurs zum Ablauf des Mitbestimmungsverfahrens. Der Tätigkeitsbericht des Personalrats, vorgetragen von der Vorsitzenden Dörte Scholz, enthielt nicht nur stellenweise eine gewisse Brisanz und spiegelte ein angespanntes Verhält-

nis zwischen dem Gremium und der Amtsleitung wider. Das Stadtamt befindet sich aktuell in einer Phase der Neuorganisation. In einigen Bereichen fühlen sich die Kolleginnen und Kollegen dabei nicht mitgenommen. Das wurde in dem Tätigkeitsbericht an mehreren Stellen deutlich kritisiert.

Die Personalratsvorsitzende brachte es auf den Punkt: Veränderungen gehen nur mit uns.

Im Anschluss erfolgte ein Redebeitrag der Amtsleiterin Frau Wessel-

Niepel, mit dem sie einmal mehr den Eindruck vermittelte, dass der Hauspitze Bürgerservice wichtiger ist als gesunde Arbeitsbedingungen. Nicht zuletzt dieser Tenor provozierte einen verbalen Schlagabtausch zwischen der Personalratsvorsitzenden und der Amtsleiterin.

Auch der vom Personalrat eingela-dene Landesvorsitzende der GdP, Horst Göbel, ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, ein paar solidarische Worte an die Kolleginnen und Kollegen zu richten. Er betonte dabei die traditionelle Verbundenheit der GdP mit der Kollegenschaft des Stadtamtes. Das Stadtamt hat seinen Platz in der GdP.

Fachgruppe Stadtamt

PERSONALVERSAMMLUNG

Personalversammlung der Polizei Bremen

Wütende Kollegen und schwache Politik

Am 3. 12. 2013 fand eine Personalversammlung der Polizei Bremen im Congress Centrum in der Bremer Innenstadt statt. Ca. 650 Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf ihres Personalrates und fanden den Weg in den großen Tagungssaal.

Neben den vielen Beschäftigten und vielen Vertretern der Parteien der Bremischen Bürgerschaft konnte auch der zuständige Senator für Inneres, Herr Mäurer, begrüßt werden.

Nach der Ehrung der verstorbenen Kollegen begann der Personalratsvorsitzende Harry Kuck mit seinem obligatorischen Rechenschaftsbericht. Besonderheit hier: Es wird wohl der letzte Auftritt von Harry sein, denn diese Personalversammlung ist seine letzte, bevor er in den wohlverdienten Ruhestand geht.

Personalratsvorsitzender geht in den Ruhestand

An dieser Stelle, lieber Harry, vielen, vielen Dank für deinen jahrelangen Kampf für die Kolleginnen und Kollegen der Bremer Polizei.

Denn bei deinem Handeln stand stets der Mensch im Vordergrund, eine Einstellung, die vermutlich nicht selten zu Konfrontationen an anderer Stelle führte. Doch genau diesen bist du nie aus dem Weg gegangen und hast es verstanden, stets geschickt eine breit akzeptierte Lösung zu finden.

In seinem Rechenschaftsbericht ging Harry Kuck nun auf viele, viele Missstände, aber beileibe nicht auf alle ein, die den Kolleginnen und Kollegen zurzeit zu schaffen machen. Egal, welches Thema da angeschnitten wurde, letztendlich lassen sich die Ursachen immer wieder in den personellen oder finanziellen Möglichkeiten der Polizei Bremen finden.

Ob überlastete Kollegen oder bauliche Mängel an Dienstgebäuden. Es fehlt überall an Geld und Personal. Und die Verantwortung fand Harry Kuck natürlich in der Bremer Regierungskoalition, der die Innere Sicherheit Bremens augenscheinlich nicht sehr ans Herz gewachsen ist.

Polizeipräsident auf der Seite seiner Beschäftigten

Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden folgte eine Rede unseres Präsidenten Lutz Müller. Und hier könnte man das Wort „unseres“ sehr betonen. Selten hat ein zur Loyalität verdammtmer Polizeipräsident so klar Stellung für seine Institution Polizei und deren Beschäftigten bezogen. Missstände innerhalb der Behörde wurden klar angesprochen und auch die Verantwortung dafür wurde vom Präsidenten unmissverständlich an die Politik weitergereicht. Ein besonderer Dorn ist dem Präsidenten wohl die drohende Absenkung des Personalbestandes ab dem Jahr 2014, was durch sehr schwache Einstellungszahlen bis dahin bedingt ist, da sehr starke Einstellungs-jahrgänge in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden. Hier sprach der Präsident auch offen und sehr direkt an, dass

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

er u. a. unzumutbare Arbeitsverdichtungen bei den Kolleginnen und Kollegen nicht zulassen wird. Hier hat letztendlich ein Präsident gesprochen, der sich der Unterstützung vom Auszubildenden bis hin zur Leitungsebene der Bremer Polizei sicher sein kann.

**Innensenator ratlos,
wir fassungslos**

Nach dem sehr guten Redebeitrag des Polizeipräsidenten war es nun am Innensenator, die Kolleginnen und Kollegen für die Zukunft zumindest die ein oder andere Lösung für be- und anstehende Probleme in unserer Behörde zu bieten. Hier wurden aber die Kolleginnen und Kollegen auf ganzer Linie enttäuscht, mal wieder! Für den Berg an Überstunden gibt es keine Lösung, schon gar nicht in finanzieller Hinsicht. Hier bleibt lediglich der Freizeitausgleich, was angesichts der Personalprobleme nicht wirklich als Lösung betrachtet werden kann. Ein weiterer Punkt, der vom Innensenator erläutert wurde, war die anstehende Kennzeichnungs-

pflicht für Polizeibeamte. Auch hier konnte der Innensenator nichts „Fassbares“ bieten, konnte keine harten Fakten nennen, die eine Kennzeichnung auch nur im Entferntesten rechtfertigen würde. Hauptsächlich basierte die äußerst schwache Begründung auf dem Lemminge-Prinzip. Weil viele Bundesländer es auch machen, kommt Bremen nicht drum herum! Ansonsten war der Rede des Innensensors deutlich zu entnehmen, dass die Polizei Bremen im Bremer Senat eine äußerst schwache Rolle spielt, denn für uns gab es nichts Konkretes aus dem Hause Inneres.

**Kennzeichnungspflicht bringt alle
auf die Palme**

Vor allem die Argumentation bezüglich der Kennzeichnungspflicht brachte wohl den einen oder anderen Kollegen deutlich auf die Palme. Neben anderen Sprechern stellte auch der Vorsitzende der GdP Bremen fest, dass die Kennzeichnungspflicht wohl ein reines Politikum zuungunsten der Rechte der Beschäftigten ist, welches sich nicht auf Fakten, sondern auf die politische Ideologie der Grünen stützt, die ja traditionell die Institution Polizei kritisch sieht.

Auch andere Redner aus den Reihen der Kollegenschaft sehen die Politik stark in der Verantwortung und sehen vor allem in der Partei der Grünen keine Regierungspartei, sondern eher das politische Gegenüber, gegen das man sich wehren muss. Eine sehr erschreckende Entwicklung und Erkenntnis. So wurde der innenpolitische Sprecher der Grünen, Herr Björn Fecker, aufgefordert, sich der Kritik zu stellen und die Einführung der Kennzeichnungspflicht zu erklären. Doch von dieser Möglichkeit machte dieser keinen Gebrauch, sondern verließ lieber die Personalversammlung vor Ende der Veranstaltung.

Insgesamt zeigte sich, dass es nach wie vor große Ungerechtigkeiten bei der Bremer Polizei gibt. Aber egal, ob Besoldung, massenhafte Unterdeckung, nur einer statt vier Beförderungstermine wie in Bremerhaven und so weiter und so fort. Politik hat oder will einfach keine Lösung bieten. Dies wird auch von den Kolleginnen und Kollegen so empfunden und ist für die Innere Sicherheit Bremens eine große Gefahr. Es herrscht Unzufriedenheit und Wut über die Bremer Politik in den Amtsstuben unserer Behörde.

Wir werden sehen, ob sich das in naher Zukunft ändern lässt.

Peter Schnaars

STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Es starben:

- Horst Brackmann**, geb. 15. 12. 1938, verstorben am 18. 10. 2012
- Gerda Krause**, geb. 28. 12. 1934, verstorben am 31. 12. 2012
- Frank Richter**, geb. am 20. 10. 1952, verstorben am 6. 1. 2013
- Christa Lankenau**, geb. 13. 8. 1929, verstorben am 24. 12. 2012
- Egon Gerdes**, geb. 20. 9. 1948, verstorben am 25. 12. 2012
- Hildegard Winkler**, geb. 25. 2. 1928, verstorben am 21. 2. 2013
- Uwe Meyer**, geb. 4. 2. 1945, verstorben am 11. 3. 2013
- Adelheid Gerken**, geb. 19. 1. 1919, verstorben am 30. 3. 2013

- Martin Wohlneck**, geb. 21. 2. 1970, verstorben am 25. 3. 2013
- Karl Heinz Bähr**, geb. 10. 2. 1922, verstorben am 16. 5. 2013
- Lieselotte Chrapkowski**, geb. am 3. 10. 1921, verstorben am 21. 4. 2013
- Werner Oelkers**, geb. 21. 4. 1924, verstorben am 3. 6. 2013
- Petra Schmücker**, geb. 12. 8. 1959, verstorben am 23. 6. 2013
- Alfred Röthel**, geb. 26. 12. 1924, verstorben am 24. 6. 2013
- Ulrike Martin**, geb. 3. 3. 1949, verstorben am 30. 6. 2013
- Richard Lindemann**, geb. am 19. 9. 1936, verstorben am 28. 6. 2013
- Maria Renner**, geb. am 27. 5. 1927, verstorben am 1. 8. 2013

- Rosa Hennings**, geb. am 16. 3. 1924, verstorben am 8. 8. 2013
- Wolfgang Hainke**, geb. am 28. 9. 1953, verstorben am 14. 9. 2013
- Joachim Dietrich**, geb. am 30. 4. 1931, verstorben am 15. 9. 2013
- Else Arnecke**, geb. am 20. 5. 1952, verstorben am 25. 8. 2013
- Hans-Joachim Nielsen**, geb. am 12. 3. 1944, verstorben am 2. 10. 2013
- Klaus Schütt**, geb. am 13. 3. 1947, verstorben am 21. 10. 2013
- Johann Stanienda**, geb. 16. 9. 1938, verstorben am 2. 10. 2013
- Hans Joachim Finkler**, geb. 26. 1. 2012, verstorben am 14. 11. 2013

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

